

Nato schickt „Patriots“ in die Türkei

Brüssel Die Nato hat die Entscheidung von „Patriot“-Flugabwehrraketen ins türkische Grenzgebiet zu Syrien beschlossen. Die Außenminister warnten das Regime des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad in einer Erklärung vor einem Angriff auf das Nato-Mitglied Türkei.

Gemäß dem Beschluss vom Dienstagabend wird eine noch nicht feststehende Zahl von „Patriot“-Raketen aus Deutschland, den Niederlanden und den USA in die Türkei gebracht – vermutlich im Laufe des Januar. „Jedem, der einen Angriff auf die Türkei erwägt, sagen wir: Denk gar nicht erst dran“, sagte Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen. Bundesaußenminister Guido Westerwelle sagte, noch in dieser Woche werde die Bundesregierung einen Entwurf für einen Beschluss des Bundestages vorbereiten. Er rechne mit einer „breiten Unterstützung“.

US-Präsident Barack Obama sagte in Washington an die Adresse Syriens, „der Einsatz von chemischen Waffen ist und wäre völlig inakzeptabel“. Die Welt schaue auf Syrien. „Wenn Sie den tragischen Fehler begehen, diese Waffen einzusetzen, wird dies Konsequenzen haben und Sie werden dafür zur Verantwortung gezogen.“ (dpa)

Krawall vor dem Präsidentenpalast

Ägypten Die Proteste gegen eine islamische Verfassung eskalieren. Mohammed Mursi flieht aus seinem Amtssitz

Kairo Bei Massenprotesten gegen die Pläne von Präsident Mohammed Mursi für eine Islamisierung Ägyptens ist es zu Ausschreitungen vor dem Präsidentenpalast in Kairo gekommen. Die Krawalle brachen aus, nachdem Aktivisten Stacheldrahtabsperungen um den Präsidentenpalast durchschnitten hatten. Darauf konnte die Menge direkt zu dem Gebäude vordringen.

Die Demonstranten, viele von ihnen Anhänger der linken und laizistischen Opposition, forderten lautstark Mursis Rücktritt. Einige Teilnehmer versuchten, auf die Mauern des Palasts zu klettern. Die Polizei setzte vergeblich Tränengas ein, um die Menge zu zerstreuen.

Zuvor hatten sich Zehntausende Oppositionelle auf den Weg in den Stadtteil Heliopolis gemacht. Es habe 18 Verletzte gegeben, meldete das Staatsfernsehen nach den ersten Zusammenstößen von Sicherheitskräften und Aktivisten. Nach Informationen der Zeitung *Al-Ahram*, die sich auf hochrangige Sicherheitskreise berief, hatte Mursi zuvor seinen Amtssitz verlassen.

Seit dem frühen Nachmittag hatten sich Demonstranten auf dem zentralen Kairoer Tahrirplatz unter dem Motto „letzte Warnung“ versammelt, wo schon seit fast zwei Wochen Oppositionelle kampieren.



Demonstranten drangen am Dienstagabend bis zum Präsidentenpalast in Kairo vor.

Foto: Gianluigi Guercia, afp

Einige Demonstranten trugen Aufkleber mit dem Slogan: „Die Verfassung der Muslimbrüder ist illegitim“. Einige riefen „Das Volk will den Sturz des Regimes“. Mit diesem Schlachtruf hatten die Demonst-

anfang 2011 den damaligen Machthaber Hosni Mubarak aus dem Amt vertrieben.

Mindestens elf Zeitungen waren am Dienstag aus Protest gegen Mursis autoritären Führungsstil nicht

erschienen. Auch der englischsprachige Online-Auftritt der unabhängigen Tageszeitung *Al-Masry al-Youm* war zeitweise schwarz. Dabei erklärten die Medienmacher mit Hinweis auf den Arabischen Früh-

ling: „Sie lesen diese Botschaft, weil *Egyptindependent* Einspruch gegen die fortwährende Einschränkung der Pressefreiheit erhebt, insbesondere nachdem Hunderte Menschen (in Ägypten) ihr Leben für Freiheit und Würde geopfert haben.“

Die Partei der Muslimbruderschaft „Freiheit und Gerechtigkeit“ rief die Demonstranten auf, friedlich zu bleiben. Oppositionsführer wie Friedensnobelpreisträger Mohammed el Baradei und Hamdien Sabahi seien persönlich dafür verantwortlich, betonten die Islamisten vor Beginn der Veranstaltung. Schließlich habe es bei den Aktionen der Muslimbruderschaft am Wochenende keine Gewalt gegeben.

Die Zeitung *Al-Sharq Al-Awsat* berichtete derweil unter Berufung auf das Umfeld Mursis, dass der Präsident eine Reihe von Beratungen mit ägyptischen Politikern über die derzeitige Krise geführt habe – wichtige Oppositionsaktivisten seien aber nicht dabei gewesen. „Der Präsident hat die Tür für einen Dialog geöffnet, aber niemand hat bislang geantwortet“, hieß es.

Über die neue Verfassung soll am 15. Dezember abgestimmt werden. Der Entwurf wird von linken und liberalen Kräften, aber auch von der christlichen Minderheit in Ägypten kritisiert. (dpa, afp, AZ)

Buchen Sie im Internet: www.unternehmen-erfolg.de

FORMEL ERFOLG

VON DEN BESTEN PROFITIEREN



Die 10-teilige Vortragsreihe in Augsburg

10 Montagabende – jeweils 19.30 – 21.15 Uhr

Einlass: 18.30 Uhr, nach dem Vortrag Gespräche mit den Referenten und Networking

Veranstaltungsort: KONGRESS AM PARK AUGSBURG | Gögginger Str. 10, 86159 Augsburg



Montag, 10.12.2012

Frieder Gamm

Verhandlungsexperte und Edutainer

Strategien der Verhandlung

Verhandlungen gewinnt man im Kopf

Profitieren Sie von den Tipps des Verhandlungsexperten um sich aus einer unterlegenen Position durch gute Vorbereitung zielführend durchsetzen zu können.

UNSERE WEITEREN FORMEL ERFOLG 2013 TOP-REFERENTEN:

| | | | |
|----|------------------------|---|------------|
| 3 | Karsten Klepper | Multisensory Branding gestern, heute, morgen | 14.01.2013 |
| 4 | Stefan Verra | Was sagt mein Körper und warum weiß ich nichts davon? | 04.02.2013 |
| 5 | Andreas Buhr | Vertrieb geht heute anders | 04.03.2013 |
| 6 | Sven Gábor Jánoszy | Lebenswelten 2020 | 08.04.2013 |
| 7 | Boris Grundl | Steh auf! Bekenntnisse eines Optimisten | 29.04.2013 |
| 8 | Dr. Peter Kreuz | Alles, außer gewöhnlich | 17.06.2013 |
| 9 | Prof. Dr. Gunter Dueck | Kopfreform | 01.07.2013 |
| 10 | Sascha Lobo | Wie das Netz die Gesellschaft verändert | 22.07.2013 |

Stand Referenten: Oktober 2012

Infos & Buchung: www.unternehmen-erfolg.de
Informieren Sie sich noch heute!
E-Mail: info@unternehmen-erfolg.de
Service-Telefon 08161/9919-0 | Fax: 08161/9919-19

Mit freundlicher Unterstützung:

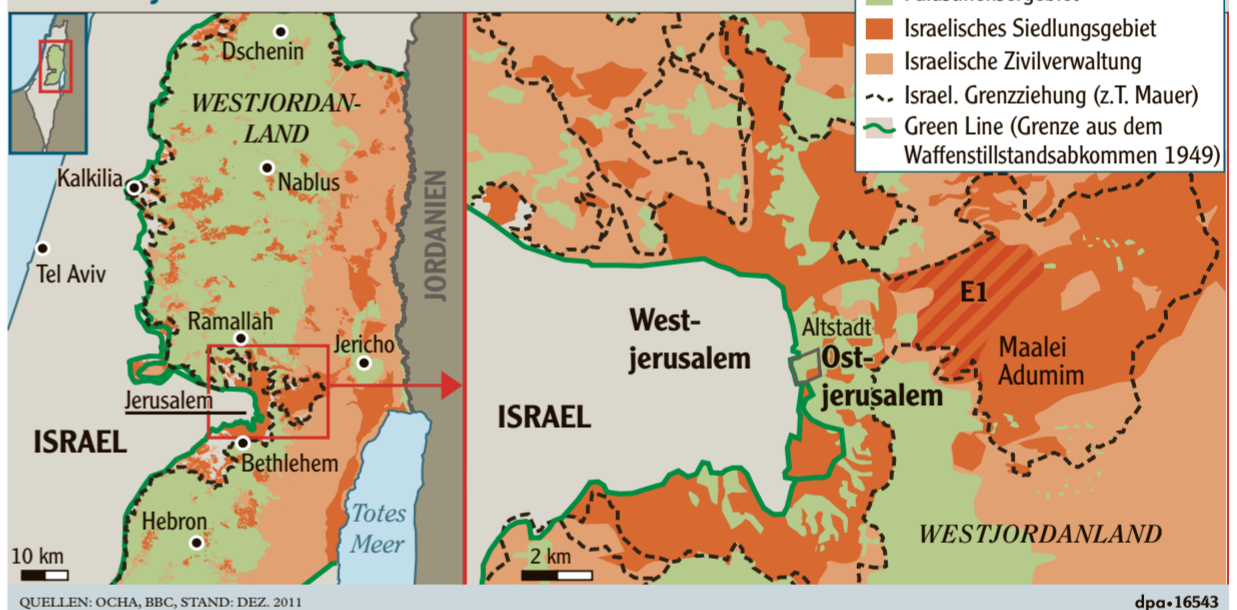
Dorint
An der Kongresshalle
Augsburg

Augsburger Allgemeine

Alles was uns bewegt

U
Unternehmen Erfolg

Das Westjordanland und Jerusalem



QUELLEN: OCHA, BBC, STAND: DEZ. 2011

dpa-16543

Schwieriger Gast

Hintergrund Der Besuch des israelischen Ministerpräsidenten in Berlin wird von Siedlungsprojekten überschattet. Kritik von Merkel

VON SIMON KAMINSKI

Augsburg Wenn eine Regierungschefin vor einem Staatsbesuch dem Gast „offene Gespräche unter Freunden“ ankündigt, dann schwingt ein drohender Unterton mit. Genau so ist es im Falle der Visite des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu bei Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), die heute beginnt. Es könnte ungemütlich werden.

Immerhin verzichtete Deutschland – anders als Großbritannien, Frankreich, Spanien, Schweden und Dänemark – darauf, den israelischen Botschafter einzubestellen. Doch der Ärger Berlins über Israels eiskalte Antwort auf den Aufwertungsbeschluss für Palästina in der UN-Generalversammlung ist groß. Nicht nur in den Hauptstädten Europas, sondern weltweit, erweckte die Reaktion aus Tel Aviv den Eindruck, als wolle die Regierung nicht nur die Palästinenser, sondern alle UN-Mitgliederstaaten abstrafen, die nicht gegen die Aufwertung gestimmt haben – mithin also satte 179 von insgesamt 193 Staaten.

Die israelische Regierung hatte nicht nur Zahlungen an die palästinensische Autonomiebehörde im Westjordanland eingefroren, sondern Pläne zum Bau weiterer 3000 Wohneinheiten bei Jerusalem und im Westjordanland angekündigt. Auch in einem Gebiet zwischen Ost-Jerusalem und der Siedlung Maale Adumim namens E1 soll gebaut werden. Die Palästinenser befürchten, die Initiative könne Pläne für

eine Zwei-Staaten-Lösung zunichtemachen. Eine israelische Besiedlung von E1 würde das Westjordanland faktisch in Norden und Süden aufteilen, warnen sie.

Eine Sorge, für die der Nahost-Experte vom Münchener Centrum für angewandte Politikforschung (CAP), Michael Bauer, Verständnis hat. „In Palästina sagt man: Das ist so, als wenn zwei einen Kuchen teilen sollen und einer der beiden den ganzen Kuchen alleine aufisst.“

Die Fakten sprechen für sich: Der unabhängigen israelischen Menschenrechtsorganisation „B'Tselem“ zufolge wurden von 1967 bis 2011 im Westjordanland 124 Siedlungen errichtet. Hinzu kommen etwa 100 „wilde Siedlungen“. Die Friedensorganisation Peace Now moniert, dass immer mehr illegale Vorposten nachträglich als Siedlungen legalisiert werden. Allerdings wird bei der Kritik an Netanjahu oft unterschlagen, dass auch seine Amtsvorgänger, unter ihnen Friedensnobelpreisträger Jitzchak Rabin, nach diesem Muster handelten.

Doch „Bibi“ – so wird der Regierungschef in seiner Heimat genannt – hat bereits mehrfach bewiesen, dass er recht resistent ist gegen internationalen Druck. So dürfte er routiniert damit umgehen, dass die Kanzlerin Israel in ungewohnter Deutlichkeit zum Verzicht auf das

Siedlungsprojekt, dass im März 2010 auf Druck der USA auf Eis gelegt wurde, aufgefordert hat. Das ließ aufhorchen, hatte Merkel doch vor vier Jahren Israels Existenzrecht als Teil deutscher Staatsräson bezeichnet. Regierungssprecher Stefan Seibert sah am Montag gar das „Vertrauen in die Verhandlungsbereitschaft“ in Nahost gefährdet. Netanjahu jedoch dürfte eher Kopfzerbrechen bereiten, dass mit den USA auch der wichtigste Verbündete bohrende Zweifel an seiner Kompromissfähigkeit hegt.

Warum also agiert der Ministerpräsident so starrköpfig? „Er kommt aus dem rechten Spektrum und weiß natürlich, wer ihn gewählt hat – nicht zuletzt eben Siedler und ihre Sympathisanten“, sagte Bauer. Doch abseits von wahltaktischen Gründen, sieht der Politikwissenschaftler auch strategische Argumente für Netanjahus Haltung. Israel sehe keinen glaubwürdigen Ansprechpartner unter den Palästinensern: „Die Hamas ist ihnen zu radikal, Fatah-Chef Mahmud Abbas, der nach den letzten Ereignissen tatsächlich weiter geschwächt ist, trauen sie nicht zu, sich durchzusetzen.“

Doch auf diese Gemengelage mit einer Forcierung des Siedlungsbaus zu reagieren, hält Bauer für einen Irrweg. Israel habe den Palästinensern vorgeworfen, mit ihrem „unilateralen“, sprich einseitigen Antrag auf eine Aufwertung in den UN den Friedensprozess zu torpedieren. „Was aber wäre der Bau neuer Siedlungen anderes, als ein einseitiges Vorgehen?“ (mit dpa)



B. Netanjahu